Aus: **junge Welt** Ausgabe vom 18.04.2023, Seite 12 / Thema
Militärpolitik

Deutschland soll führen

Sozialdemokratische »Zeitenwende«: SPD-Grundsatzpapier fordert eine »militärische Führungsrolle« der Bundesrepublik zum »Schutz« der »regelbasierten Ordnung«
Von Jürgen Wagner

In passender Umgebung. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil (2. v. l.) und der SPD-Kanzler unter Uniformträgern der Bundeswehr (Truppenübungsplatz Bergen in Niedersachsen, Oktober 2022)

Obwohl man aus der SPD durchaus auch kernige Sätze in Sachen Friedens- oder besser Militärpolitik gewohnt ist, kann sie derzeit zweifellos als die vernünftigste Regierungspartei betrachtet werden (auch wenn es dafür nicht sonderlich viel braucht). Doch auch hier scheinen die Militaristen, allen voran Parteichef Lars Klingbeil, immer weiter die Oberhand zu gewinnen. Als jüngster Beweis hierfür kann das Ende Januar 2023 erschienene Papier »Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch« gelten.

Die Verteidigung der »regelbasierten Ordnung« erfordere, heißt es darin, eine »militärische Führungsrolle« Deutschlands in der Welt, gestützt auf ein »geopolitisch selbstbewusstes Europa«, um in der »Systemrivalität« mit China und insbesondere Russland bestehen zu können – und selbstredend müssten derlei Ambitionen dann auch mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen unterfüttert werden. Die Autoren des Papiers greifen damit nahezu inhaltsgleich eine Programmatik auf, die bereits vor mehr als zehn Jahren im Projekt »Neue Macht – Neue Verantwortung« entworfen wurde. Ziel ist es, deutsche Großmachtphantasien wahr werden zu lassen, was bislang aber – auch aufgrund von Widerstand in Teilen der SPD – nur in Ansätzen realisiert werden konnte.

Das unter Beteiligung der »Parteilinken« erstellte Papier soll somit nicht weniger als die Grundlage für eine »Neuausrichtung sozialdemokratischer internationaler Politik« liefern. Viele SPD-Mitglieder dürften allerdings den dort formulierten militärischen Führungsansprüchen mit Skepsis begegnen – und es steht zu hoffen, dass sie die Zeit bis zur beabsichtigten Verabschiedung des Papiers nutzen, um diese Skepsis lautstark zu äußern: »In dem Entwurf der ›Internationalen

Kommission‹, der in den kommenden Monaten in den Landesverbänden und SPD-Bezirken auf vielen Veranstaltungen zur Debatte gestellt und auch mit sozialdemokratischen Schwesterparteien in Europa diskutiert werden soll, steckt die sozialdemokratische ›Zeitenwende‹« (*Die Welt*, 23. Januar 2023).

»Neue Macht – Neue Verantwortung«

Wie erwähnt, dockt das SPD-Papier an ein Gedankengebäude an, mit dessen Errichtung bereits vor ziemlich genau zehn Jahren begonnen wurde: Empört von der deutschen Nichtbeteiligung am Libyen-Krieg 2011 wurde damals unter Leitung der »Stiftung Wissenschaft und Politik« und des »German Marshall Fund« eine Kommission mit rund 50 Mitgliedern des sicherheitspolitischen Establishments im Projekt »Neue Macht – Neue Verantwortung« versammelt. Zwischen November 2012 und September 2013, dem Zeitpunkt, an dem das abschließende Papier veröffentlicht wurde, versuchten sie sich an nicht weniger als einer »neuen Definition deutscher Staatsziele«.[1]

Im Kern wurde dabei das folgende Interessenbündel formuliert, das sich fortan als prägend für die gesamte sicherheitspolitische Debatte erweisen solle: Erstens strebt Deutschland eine Weltmachtposition an, ist aber auch bereit, hierfür größere militärische Beiträge zum »Schutz« von Kernstrukturen der Weltwirtschaftsordnung (»regelbasierte Ordnung«) beizusteuern; hierfür ist zweitens die Bundesrepublik zwingend auf die Europäische Union als Kraftverstärker angewiesen, in der sie ebenfalls eine Führungsposition beansprucht; drittens wird dem Bündnis mit den USA weiter klar der Vorzug gegenüber anderen denkbaren Konstellationen gegeben, aber nur bei einer Aufwertung des eigenen Einflusses; und viertens können all diese Führungsansprüche und Ambitionen nur auf Grundlage einer hochgerüsteten Armee mitsamt einer starken heimischen (und teils europäisierten) Rüstungsindustrie erreicht werden.[2]

Vor diesem Hintergrund war es zumindest aus Sicht der Autoren des Papiers naheliegend, die in Deutschland scheinbar bis dato dominierende Kultur der militärischen Zurückhaltung endlich ad acta zu legen, da es sich dabei um eine falsche Lehre aus der Geschichte gehandelt habe. Statt dessen müsse Deutschland entsprechend seiner Rolle als wirtschaftliche Großmacht auch mehr außenpolitische »Verantwortung« übernehmen. Es gelte demzufolge, selbstbewusst eine – explizit auch militärische – »Führungsrolle« zu übernehmen, so die damalige Kernforderung: »Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. (…) Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu. (…) Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.«

Popularisiert wurden diese Passagen dann durch die Auftritte der damaligen Spitzenpolitiker Ursula von der Leyen (CDU; Verteidigungsministerin), Frank-Walter Steinmeier (SPD; Außenminister) und vor allem von Joachim Gauck (parteilos; Bundespräsident) bei der Münchner »Sicherheitskonferenz« vom 31. Januar bis 2. Februar 2014. Nahezu wortgleich wiederholten sie dort die zuvor von einem Querschnitt der deutschen Eliten aufgestellten Forderungen und prägten damit maßgeblich die kommenden Debatten über Deutschlands Rolle in der Welt. Deutschland sei »zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren«, äußerte sich Steinmeier.[3] Ähnlich argumentierte von der Leyen, Deutschland habe »eine Verantwortung«, sich zu

»engagieren«, sofern es über die erforderlichen »Mittel und Fähigkeiten« verfüge.[4] Und schließlich sang auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, dessen Redenschreiber Thomas Kleine-Brockhoff zuvor als Leiter des »German Marshall Fund« am Projekt »Neue Macht – Neue Verantwortung« teilgenommen hatte, vom selben Blatt: Die »Beschwörung des Altbekannten« werde künftig »nicht ausreichen«, so Gauck, der gleich die rhetorische Frage nachschob, ob Deutschland »seinem Gewicht entsprechend« agiere.[5]

Die nahezu zeitgleich erfolgende Eskalation in der Ukraine lieferte dann den Anlass, die neuen militärischen Führungsansprüche umgehend Realität werden zu lassen. So war, darin waren sich die meisten Befürworter militärischer Führungsansprüche einig, in den Jahren 2014 bis 2022 zwar viel erreicht worden, von einer Umsetzung des »Münchner Konsenses« war man aber dennoch noch ein gutes Stück entfernt – und zwar auch deshalb, weil es demgegenüber innerhalb der SPD noch relevanten Widerstand gab.[6]

Vordenker Klingbeil

Eine zentrale Rolle bei der Militarisierung der SPD spielt derzeit SPD-Kochef Lars Klingbeil, der vor 20 Jahren noch Artikel in der militärkritischen Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* schrieb.[7] Heute attestiert ihm die *Welt* (3. November 2021), er sei »einer der wenigen Sozialdemokraten ohne ›Igitt‹-Reflex bei der Bundeswehr«.

Schon länger hatte es sich Klingbeil auf die Fahnen geschrieben, die sozialdemokratische Außen- und Militärpolitik zu »reformieren«, ein Ziel, dem der russische Angriff auf die Ukraine dann den erforderlichen Rückenwind verlieh. Erstmals schaltete sich Klingbeil dann im Juni 2022 mit einer Grundsatzrede in die Debatte um die »Substanz« einer künftigen »›Zeitenwende‹-Politik« der SPD ein: »Die Zeitenwende ist ein epochaler Umbruch. (…) Europa muss als geopolitischer Akteur mehr Gewicht bekommen. (…) Jetzt (ist) der richtige Moment, um endlich eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik voranzutreiben. (…) Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. (…) Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. (…) Man hatte fast den Eindruck, manche dachten, je weniger Bundeswehr es gibt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Das Gegenteil ist der Fall. (…) Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen. (…) Ich vermute, einige sind jetzt alarmiert.«[8] Damit waren die Versatzstücke geliefert, die dann wenige Monate später in das SPD-Grundsatzpapier einfließen sollten.

SPD-Kommissionspapier

Lars Klingbeil war es dann auch, der das von der aus den wichtigsten SPD-Außenpolitikern zusammensetzten Kommission »Internationale Politik« angefertigte Grundsatzpapier »Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch« am 23. Januar 2023 vorstellte. Bei diesem Anlass gab er gleich auch noch zu Protokoll, dass zwischen das Dokument und den Kanzler kaum ein Blatt Papier passe: »Wenn ich den Bundeskanzler gerade richtig im Präsidium verstanden habe, dann findet er das Papier ganz gut«, so Klingbeil. »Und das ist für einen Hanseaten ja schon mal ein großes Kompliment.«[9] Wie bereits angedeutet, durchziehen die bereits mit dem Papier »Neue Macht – Neue Verantwortung« vorgelegten Argumente auch das SPD-Kommissionspapier wie ein roter Faden. Zuhauf finden sich weitestgehend sinn- und oft sogar exakt wortgleiche Formulierungen – beispielsweise schaffen es die Begriffe »Führung« (15mal) und »Verantwortung«

(16mal) nahezu auf jede der 21 Seiten des Papiers. Im folgenden seien seine Kernelemente vorgestellt.[10]

US-Krise als Chance: Die Erosion der US-Vorherrschaft ist auch aus Sicht der SPD nicht mehr aufzuhalten, die Welt sei »im Umbruch«, die »Zeiten uni- oder bipolarer Ordnung« seien endgültig »vorbei« (S. 2). Dennoch seien die Beziehungen zu den USA »zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen«, denn vor allem in der Ukraine »schreiten Europa und die USA im engen Schulterschluss voran« (S. 15). Perspektivisch allerdings würden sich »die USA strategisch und sicherheitspolitisch zunehmend dem indopazifischen Raum« zuwenden (ebenda). Diese Konstellation wird jedoch durchaus auch als Chance begriffen, nämlich für den über Europa vermittelten Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht – pardon: Führungsmacht. Größere militärische Beiträge sollen dabei eine Neuverteilung der transatlantischen Machtverteilung zugunsten Deutschlands bewirken: »Um die transatlantischen Beziehungen zu einer echten Führungs- und Verantwortungspartnerschaft weiterzuentwickeln, wird Deutschland in Europa mehr Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass Europa verteidigungspolitisch stärker auf eigenen Füßen steht und einen größeren Anteil der Aufgaben übernimmt und eigene Fähigkeiten fortentwickelt« (ebd.).

Europa als Kraftverstärker: Allein auf sich gestellt, wäre das machtpolitische Potential zur Umsetzung der ambitionierten Agenda aber nicht ausreichend, hierfür braucht es die anderen EU-Länder als Kraftverstärker – unter deutscher Führung, versteht sich: »Deutschland profitiert von einem starken Europa. Nur aus einem starken Europa heraus können wir uns global für unsere Werte und Interessen einsetzen – alleine sind wir zu klein, um Einfluss auszuüben. Daher ist es in unserem ureigenen Interesse, eine Führungsrolle bei der Stärkung Europas als attraktives Zentrum einzunehmen« (S. 7). Schließlich liege die »Attraktivität eines geopolitisch denkenden Europas« für andere Staaten auf der Hand. Hierfür sei es aber erforderlich, dass die »Zeitenwende« sich als »Katalysator einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« erweisen werde.

Russland als Hauptgegner: Was die Gegner anbelangt, wird es wenig überraschen, dass Russland hier an erster Stelle genannt wird. Der »revisionistische und imperialistische« Charakter der russischen Politik zwinge zu einer Neubewertung. Mag man mit dieser Einschätzung eventuell sogar noch mitgehen, trifft dies für die Schlussfolgerungen sicher nicht mehr zu. Wie in einem später von SPD-Chef Lars Klingbeil vorgelegten Papier zur neuen SPD-Ostpolitik[11] wird auch schon hier jedem Versuch einer künftigen Annäherungspolitik auf unabsehbare Zeit eine klare Absage erteilt: »Das wird erst dann funktionieren, wenn auch Russland wieder ein Interesse daran hat und Grundprinzipien der regelbasierten Ordnung anerkennt. Klar ist: Solange sich in Russland nichts fundamental ändert, wird die Sicherheit Europas vor Russland organisiert werden müssen« (S. 17). Im Kern verabschiedet sich die Partei damit endgültig von der Ostpolitik Brandtscher Prägung: »Klarer kann man sich von der eigenen Russland-Politik der Vergangenheit kaum distanzieren«, fasste die *Stuttgarter Zeitung* (23. Januar 2023) die diesbezüglichen Passagen zusammen.

China als Systemrivale: Wenn auch mit einem etwas vorsichtigeren Zungenschlag, bekommt auch China in dem SPD-Papier sein Fett weg. Nötig sei es, zu einer »kritischeren Bewertung« Chinas zu kommen, schließlich sei das Land »unter Xi Jinping eine Globalmacht« geworden, deren Ziel es sei, »die Weltpolitik in ihrem Sinne zu formen« (S. 18). Hier dürfte der Hase im Pfeffer liegen: China ist inzwischen nicht nur willens, sondern machtpolitisch auch dazu in der Lage, die internationale Machtarchitektur zu seinen Gunsten zu verschieben. Es unterscheidet sich mit seinem

staatskapitalistischen Ansatz deutlich von den hiesigen ordnungspolitischen Präferenzen (daher auch die Bevorzugung eines Bündnisses mit den USA), was den Kern der aktuell so viel beschworenen »Systemrivalität« ausmacht: »Schließlich hat sich China unter Xi Jinping zu einem Systemrivalen gewandelt. Mit seinem Streben nach wirtschaftlicher und militärischer Dominanz im indopazifischen Raum, der Ausweitung seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses im globalen Süden und seiner Kritik an den Regeln und Grundsätzen der internationalen Ordnung arbeitet China an einem Umbau des internationalen Systems zu seinen Gunsten« (S. 16).

Kampf um die »regelbasierte Ordnung«: Wer also an den »Regeln und Grundsätzen der internationalen Ordnung« rüttelt, der gerät ins Visier der Sozialdemokratie. In dem SPD-Papier wird dabei zwar versucht, den Kern der aktuellen Auseinandersetzungen auf einen Konflikt zwischen Autokratien und Demokratien zu reduzieren, faktisch geht es aber vor allem darum, wer künftig welche wirtschafts-, sicherheits- und machtpolitischen Regeln aufstellen kann und wird. Interessant ist, dass nicht einmal klar ist, was mit der vielbeschworenen »regelbasierten Ordnung« überhaupt gemeint ist.[12]

Am ehesten lässt sich wohl sagen, dass es sich dabei um die Vorschriften handelt, die vom Westen zu einem bestimmten Zeitpunkt als bindend deklariert wurden, um seine Vorherrschaft zu zementieren, an die er sich aber selbst nur bedingt gebunden fühlt, sollten sie seinen Interessen zuwiderlaufen. Für China und Russland ist es deshalb völlig klar, dass es sich hier um einen Kampfbegriff handelt. So dokumentierte die rechte Schweizer *Weltwoche* (19. März 2023) den übersetzten Bericht der chinesischen Regierung unter dem Titel »Die Hegemonie der USA und ihre Gefahren«, der laut Ankündigung »auf dem regierungsamtlichen Sender *CGTN*« publiziert wurde: »Seitdem die Vereinigten Staaten nach den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg zum mächtigsten Land der Welt geworden sind, haben sie sich immer dreister in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, ihre Hegemonie angestrebt, aufrechterhalten und missbraucht, Subversion und Infiltration vorangetrieben und vorsätzlich Kriege geführt, die der internationalen Gemeinschaft Schaden zufügen. (…) Die Vereinigten Staaten versuchen seit langem, im Namen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten andere Länder und die Weltordnung nach ihren eigenen Werten und ihrem politischen System zu formen. (…) Sie sind selektiv mit internationalem Recht und internationalen Regeln umgegangen, haben sie je nach Bedarf genutzt oder verworfen und versucht, im Namen der Aufrechterhaltung einer ›regelbasierten internationalen Ordnung‹ Regeln durchzusetzen, die ihren eigenen Interessen dienen.«

Militärische Führungsansprüche: Obwohl die bestehende »regelbasierte Ordnung« zutiefst ungerecht ist und zur Folge hat, dass immer mehr Länder »ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen«, ist das SPD-Pamphlet im Endeffekt ein einziges langes Plädoyer für ihre militärische Absicherung. Und selbstredend soll Deutschland hierbei eine »Führungsrolle« spielen, schließlich handele es sich hier um die beste denkbare Ordnung – für Deutschland jedenfalls: »Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von einer regelbasierten internationalen Ordnung und einer globalisierten und vernetzten Welt. Deshalb kann Deutschland glaubhaft eine Führungsrolle einnehmen, um diese Grundsätze zu verteidigen« (S. 7).

Naheliegenderweise meint man, hierfür einen gewaltigen Militärapparat zu benötigen: »Die eigene Stärke ist eine Grundvoraussetzung für Frieden und den Einsatz für eine regelbasierte Ordnung. Dazu gehören starke Institutionen und eine resiliente und attraktive Wirtschaft und Gesellschaft. (…) Die eigene Stärke definiert sich aber auch über militärische Fähigkeiten, die das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen glaubhaft absichern« (S. 5). Dies mündet dann in Sätze, in denen

nicht einmal mehr versucht wird, das Bestreben zur militärischen Durchsetzung der eigenen Interessen moralisch zu bemänteln, nebst der Ankündigung, auch das hierfür notwendige Geld loszueisen: »Wir übernehmen mehr Verantwortung für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen im Sinne einer wertebasierten Friedensordnung. Dies beinhaltet Führung auf Augenhöhe auch in militärischen Fragen. Mit der Erreichung der zwei Prozent des BIP (für das Militärbudget, J. W.), mit dem gemeinsamen Aufbau wirkungsvoller Fähigkeiten machen wir deutlich, dass sich unsere Bündnispartner auf Deutschland verlassen können« (ebd.).

Zum Schleuderpreis verkauft

Während die »Zeitenwende« in Form der Grundsatzrede von SPD-Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 noch ohne Absprache mit der Fraktion oder gar der Parteilinken angekündigt wurde, erfolgte deren Einbezug nun bei der Erstellung des Kommissionspapiers: »Offenbar haben Parteilinke zum Beispiel dafür gesorgt, dass der Begriff ›Führungsmacht‹ aus dem Papier verschwunden ist und durch ›Führungsrolle‹ ersetzt wurde.«[13] Wenn dies das Zugeständnis war, für das sich die Parteilinke hinter dieses Machwerk stellen konnte, hat sie sich wirklich zum Schleuderpreis verkauft. Postwendend gab es hierfür denn auch aus zweifelhafter Ecke Lob, zum Beispiel von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: »Früher war die SPD-Linke gegen Rüstung, gegen mehr Geld für die Bundeswehr und gegen Amerika. Nun stellt sich selbst die Parlamentarische Linke nicht gegen die ›Zeitenwende‹. (…) Schaut man sich die jüngsten außenpolitischen Papiere der SPD an, so wird klar, wie einschneidend die Umorientierung der Partei ist.«[14]

Die SPD ist damit nun auf dem besten Weg, sich endgültig die Standpunkte zu eigen zu machen, die vor etwa zehn Jahren im Projekt »Neue Macht – Neue Verantwortung« ausgeheckt wurden. Umfragen ergeben allerdings, dass eine Mehrheit der Bevölkerung mit derlei nassforsch artikulierten militärischen Führungsansprüchen nichts anfangen kann[15], und es ist auch überaus fraglich, ob eine Mehrheit der SPD-Mitglieder diesen Weg beschreiten möchte. Angesichts des grundlegenden Charakters dieses Papiers wäre es deshalb wünschenswert, wenn sich diejenigen, die dies nicht möchten, in den nun anstehenden Debatten bis zur geplanten beabsichtigten Verabschiedung im Dezember lautstark Gehör verschaffen würden.

Anmerkungen

1 Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, herausgegeben von Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF), September 2013

2 Siehe für eine Analyse des Papiers unter anderem Frank Deppe: Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik. Führungsmacht in »neuer Verantwortung«, Hamburg 2014; Jörg Kronauer: Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen, Köln 2015; Jürgen Wagner: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen. Von der »Kultur (militärischer) Zurückhaltung« zur »Kultur der Kriegsfähigkeit«, *IMI-Studie* 2/2015, 1–9

3 Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner »Sicherheitskonferenz«, München, 1. Februar 2014

4 Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen, anlässlich der 50. Münchner »Sicherheitskonferenz«, München, 31. Januar 2014

5 Joachim Gauck: Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Eröffnungsrede der 50. Münchner »Sicherheitskonferenz«, München, 31. Januar 2014

6 Siehe ausführlich Jürgen Wagner: Im Rüstungswahn. Deutschlands »Zeitenwende« zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln 2022, Kapitel 6, 113–139

7 Siehe zum Beispiel Lars Klingbeil, Paul Schäfer: Neues vom Aufbau der EU-Militärunion. In: *Wissenschaft & Frieden* 3/2001, 33–35

8 Lars Klingbeil: Die Sozialdemokratie hat die Chance, Europa zu prägen, *Vorwärts*, 21. Juni 2022

9 Tobias Peter: SPD reklamiert Führungsrolle für Deutschland, *Stuttgarter Nachrichten*, 23. Januar 2023

10 Das Papier »Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch« vom 20. Januar 2023 findet sich unter: https://www.spd.de/fileadmin/internationalepolitik/20232001_KIP.pdf

11 Fünfpunkteplan »Gemeinsam für eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik in Europa«, 7. März 2023

12 Siehe zum Beispiel Boas Lieberherr: Die »regelbasierte Ordnung«. Divergierende Auffassungen, *CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 317, Februar 2023, 1–4 [1]: »Politikerinnen und Politiker verweisen zunehmend auf die ›regelbasierte Ordnung‹ (RBO). (…) Die zunehmende Beliebtheit der RBO führt nicht notwendigerweise zu mehr Klarheit darüber, was dieses Konzept beinhaltet. Eine eindeutige Definition der RBO existiert nicht. Keine Regierung benennt klar, was sie mit dem Begriff meint, und die Auffassungen der einzelnen Staaten gehen deutlich auseinander.«

13 Julia Haak: Sicherheit in Europa. Die Lernkurve der SPD, *Berliner Zeitung*, 24. Januar 2023

14 Eckart Lohse, Markus Wehner: Die wundersame Wende der Sozialdemokraten, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Februar 2023

15 »Eine Mehrheit der Bundesbürger:innen (52 Prozent) wünscht sich weiterhin mehr internationale Zurückhaltung von Deutschland. 41 Prozent der Befragten befürworten hingegen ein stärkeres Engagement Deutschlands – dieses Engagement sollte jedoch bevorzugt diplomatisch (65 Prozent) statt militärisch (14 Prozent) oder finanziell (13 Prozent) sein. Damit hat sich die Einstellung der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr (2021: 50 Prozent für Zurückhaltung) kaum verändert – ungeachtet des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen ›Zeitenwende‹ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.« (Deutsche lehnen militärische Führungsrolle in Europa ab, Pressemitteilung der Körber-Stiftung, 17. Oktober 2022)